

AMT DER BURGENLÄNDISCHEN LANDESREGIERUNG
Landesamtsdirektion-Verfassungsdienst
7001 Eisenstadt, Europaplatz 1

Bundesministerium für Finanzen
Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
1015 W i e n

Eisenstadt, am 31.1.1999
E-Mail: post.vd@bgld.gv.at
Tel.: 02682/600 DW 2031
Mag. Klaus Trummer

Zahl: LAD-VD-B319/17-1999

Betr: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gebührengesetz 1957
Geändert wird; Stellungnahme

Bezug: 10 0502/3-IV/10/98

Das Amt der Burgenländischen Landesregierung erlaubt sich, zu dem mit obbez. Schreiben übermittelten Entwurf eines (Bundes-) Gesetzes, mit dem das Gebührengesetz 1957 geändert wird, mitzuteilen, dass aus Sicht der vom ho. Amt zu wahren Interessen kein Einwand besteht.

Zugleich darf in diesem Zusammenhang auf die – die Aufenthaltserlaubnis für Saisonarbeitskräfte regelnde – Bestimmung des § 9 Fremden-gesetz 1997, BGBl. I Nr. 75/1997 i.d.F. BGBl. I Nr. 158/1998, hingewiesen werden, aus der sich insofern eine Verfahrenserleichterung ergibt, als die von der Arbeitsmarktservice-stelle erteilte Beschäftigungsbewilligung im Reisedokument des Fremden ersichtlich gemacht werden kann und dies von Gesetzes wegen - § 9 Abs. 3 FrG – eine Aufenthaltserlaubnis nach dem Fremden-gesetz ersetzt. In diesem Verfahren vor der Arbeitsmarktservice-stelle ist derzeit für die Beschäftigungsbewilligung jedenfalls in zweifacher Hinsicht eine Gebühr zu entrichten, nämlich

1. bei Ausstellung des Bescheides über die Beschäftigungsbewilligung (Antrag Bundesstempelmarke S 180,-- und Verwaltungsabgabe S 60,--),

2. beim „Ersichtlichmachen“ der Beschäftigungsbewilligung im Reisedokument des Fremden (Bundesstempelmarke S 180,-- gem. § 14 TP 14 Abs. 1 Z 1 Gebührengesetz (GebG) und Verwaltungsabgabe S 20,--) und
3. allenfalls bei Beilagen (z.B. Grenzgängererklärungen S 50,--).

Es darf daher, im Hinblick auf die Kurzfristigkeit dieser Saisonbeschäftigungen - insbesondere in der Landwirtschaft, aber auch in anderen Bereichen - eine entsprechende Berücksichtigung auch bei der Gebührenregelung angeregt werden.

Beigefügt wird, daß u.e. 25 Mehrausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

Für die Landesregierung:
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:
Dr. Rauchbauer eh.
(Leiter des Verfassungsdienstes)

F.d.R.d.A.:

